



Heinrich Dierkes, Vorsitzender der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschland (ganz links), und Werner Hilde, Präsident des niedersächsischen Bauernverbandes (2. v. l.) sprachen nach der Sendung noch mit aufgebrachtten Bürgern. • Foto: Schmidt

# Ist das Kataster ein Laster?

Diskussion während und nach einer Nordwestradio-Sendung in Goldenstedt

**OLDENBURGER LAND** • Bürokratischer Unfug oder notwendige Kontrolle? Geht es um das geplante Güllekataster, spalten sich in diesen Tagen die Meinungen. Viele Landwirte fühlen sich bevormundet, Gegner der industriellen Tierhaltung dagegen bestätigt. Eine hitzige Diskussion entbrannte gestern am Rande der Sendung „Nordwestradio unterwegs“. Nach der 90-minütigen Live-Übertragung aus dem Goldenstedter Rathaus lieferten sich einige Teilnehmer der Gesprächsrunde noch ein Wortgefecht mit aufgebrachtten Zuhörern.

„Ich habe Felder gesehen, da sind im Winter zwei, drei Schichten Gülle über den Schnee ausgebracht worden“, schimpfte ein Mann aus dem Publikum. Werner Hilde, Präsident des niedersächsischen Bauernverbandes, fühlte sich genötigt zu antworten: „Da sprechen Sie über kriminelle Handlungen. Auf dieser Basis können wir nicht diskutieren.“ Doch der Kritiker ließ sich nicht abwimmeln. Schließlich kamen auch andere Zuhörer hinzu und bildeten eine Traube um Hilde.

Schon während der Sendung hatte es der Präsident des Bauernverbandes nicht

immer einfach damit gehabt, seine Positionen zu verteidigen. Ob der Schutz des Grundwassers nicht wichtiger sei als die Interessen der Landwirtschaft, wollte Moderator Martin Busch zum Beispiel wissen. Hilde antwortete, dass es intensive Gespräche zwischen Landwirten und Vertretern der Wasserverbände gebe. Gleichzeitig wies er auf Untersuchungen hin, deren Ergebnisse derzeit noch abgewartet werden müssten. Die von der vorigen Landesregierung eingeführte Verbringeverordnung werde in etwa zwei Monaten konkrete Zahlen liefern.

Dass gegen die Nitratbelastung des Grundwassers etwas unternommen werden müsse, stehe außer Frage. Es sei aber sinnvoller, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, statt gegeneinander zu arbeiten. Nach Hildes Einschätzung liefere die Verbringeverordnung verlässliche Daten. Ein Güllekataster sei deshalb hin-fällig.

Tilman Uhlenhaut, Landwirtschaftsreferent beim Naturschutzbund (BUND) Niedersachsen, sah das etwas anders: „Das Kataster ist dringend erforderlich. Außerdem geht es nicht da-

rum, irgendwelche Daten zu erfassen, sondern darum, wie wir mit konkreten Maßnahmen die weitere Einbringung von Nährstoffen in unsere Region verhindern. Das Maß ist voll“, erklärte er und erntete dafür Beifall aus dem Publikum. Das Problem sei der Überschuss an Tieren in der Region. Als Maßnahme müsste es für die Landwirte mehr Alternativen zur industriellen Massentierhaltung geben. Ein Datenabgleich oder ein Güllekataster wird das Grundproblem nicht lösen“, betonte Uhlenhaut.

Heinrich Dierkes, Vorsitzender der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands, widersprach: „Ich habe den Eindruck, dass die Landwirtschaft hier sehr statisch gesehen wird. Viele Leute denken, es läuft noch wie vor 30 Jahren.“ Man dürfe nicht alle Landwirte über einen Kamm scheren. Sicherlich gebe es schwarze Schafe – jedoch sei ein Großteil der Landwirte darum bemüht, die Gülle ordnungsgemäß zu verbringen. In einem sachlichen Rahmen seien die Landwirte auch sicher zu Gesprächen bezüglich der Nährstoffproblematik

bereit. Den Konfrontationskurs der jetzigen Landesregierung könne er aber nur als puren Aktionismus bezeichnen. „Das ist so, als ob im Kreisverkehr die Umleitung noch nicht aufgehoben ist, aber trotzdem schon das nächste Stoppschild aufgestellt wird“, sagte Dierkes. Weil es dem grünen Landwirtschaftsminister offensichtlich noch an Sachkenntnis mangle, solle dieser „nicht gleich mit der Keule schwingen“.

Einen konkreten Lösungsvorschlag lieferte Uwe Bartels, Vorsitzender des Agrar- und Ernährungsforums, (AEF) im Oldenburger Münsterland: Die Verbringeverordnung sei schon der richtige Schritt gewesen. Als nächstes müsse der Flächennachweis verschärft werden. Abschließend gehe an der sogenannten Meldepflicht kein Weg vorbei. „Es muss konkrete Aufzeichnungen der betrieblichen Nährstoffbilanz geben“, betonte der Sozialdemokrat Bartels, der von 1998 bis 2003 den Posten des niedersächsischen Landwirtschaftsministers innehatte. Übrigens, so fügte Bartels hinzu, müsse dieser Weg nicht zwangsläufig zu mehr Bürokratie führen. • js